

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

Städt. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomsen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna etc.

Erstauflage: wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich: 2 Mk. 10 Pf., monatl. 70 Pf., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 20 Pf. Anzeigenpreis: die lebensgepflanzte Zeitung 20 Pf., auswärts 25 Pf. Amtlicher Teil 40 Pf. Anklagezettel 50 Pf. Beilagepreise pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Blockade, Ausperrung, Wohlstand, Betriebsstillstand im Bereich der Druckerei oder unserer Lieferanten hat der Verleger keinen Haftung auf Wahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 23.

Freitag, den 21. Februar 1919.

30. Jahrgang.

Aufruf zur Arbeit!

Die junge Deutsche Demokratische Partei hat bei den vergangenen Wahlen die Feuerprobe in Ehren bestanden. Sie hat dank der hingeduldigen Mitarbeit vieler Männer und Frauen einen schönen Erfolg erzielt. Mit dem Erreichten dürfen wir uns aber keineswegs begnügen, sondern wir müssen uns weitere Ziele stellen. Die Grundlage jedes Wahlerfolges ist eine gute Organisation. Nur dann sind wir dem Andrängen unserer Gegner von rechts und links in Zukunft gewachsen, wenn wir durch rasche Kleinarbeit eine straffe lächenlose Organisation schaffen. Es ist falsch, dass vor den Wahlen zu arbeiten. Die Partei muss gepflegt werden, soll sie leistungsfähig sein. Die Deutsche Demokratische Partei betrachtet die politische Arbeit als Dienst am Vaterlande.

Die Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei im Bundesstaat Sachsen befindet sich in Leipzig, Töpferstraße 4, General 2662 (Generalsekretär Dr. Johannes Brühl, Privatwohnung Leipzig-Gohlis, Weinbergstr. 15, General 50 188).

Die Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgegend ist vorläufig in Möllers Hotel, Leipzig, Moabitkirchhof 12/13, untergebracht. General 10584, Postleitzahl 55144 (Generalsekretär Ernst Ehrig, Privatwohnung Leipzig-N. Görlitzer Straße 22, General 60003).

Amtliches.

Arbeiter, die während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung entlassen sind und während der ersten 5 Tage nach der Rückkehr nach ihrem Heimatort fahren, erhalten für sich und ihre Familienangehörigen zu diesem Zweck freie Eisenbahnfahrt in der 4. Klasse der östlichen Staatsbahnen. Ausweise dazu sind bei den Ortspolizeibehörden (Stadttheater, Bürgermeister und Gemeindevorstände) erhältlich.

Grimma, 12. Februar 1919.

E II 558.

Die Amtshauptmannschaft.

J. V.: Dr. v. Schwarz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Ges. Schreiber.

Auf Grund der Verordnung des Staatssekretärs des Reichsministeriums über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkauf mit Milch vom 3. 11. 17 (Reichsgesetzbl. S. 1005) sowie der dazu ergangenen Anordnung der Reichssekretär für Speisefette vom 8. 11. 17 (Reichsgesetzbl. Nr. 226) und der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 11. 9. 18 über die Bewirtschaftung von Milch und Milchzeugnissen steht für den Bezirkverband gezwungen, mit Rücksicht auf die mangelhafte Ablieferung von Milch und Milchzeugnissen in den Gemeinden Ballendorf, Burkartshain, Collmen b. W., Denkwig, Grün, Fremdiswalde, Gornewitz, Grethen, Großbardau, Klinga, Pomsen, Röda, Taandorf, Thallwitz, Staudnitz und in den Rittergütern Burkartshain und Böhlen den Milchablieferungs- zwang einzuführen.

S. 1.

Allen Aufbauern dieser Gemeinden wird jede Verarbeitung, insbesondere die Verbutterung unterstellt.

S. 2.

Sämtliche Vollmilch haben diese Aufbauern, soweit sie die Milch nicht schon auf Grund bestehender Lieferungsverträge an eine Milcherei oder Milchhandlung abliefern, nach Deckung des eigenen Bedarfs (1/4 Ltr. auf den Kopf und Tag) zu liefern.

Mr.	an die Milcherei in	aus den Ortschaften
1.	Gornewitz	Denkwig, Fremdiswalde, Gornewitz, Röda
2.	Golditz	Ballendorf, Grün, Taandorf, Grethen, Großbardau, Rittergut Böhlen
3.	Grimma	
4.	Rüthen	Burkartshain mit Rittergut, Klinga, Staudnitz
5.	Naunhof	
6.	Röditz	Collmen b. W.
7.	Thallwitz	

S. 3.

Die Abgabe von Vollmilch an verpflichtungsberechtigte Personen wird unterstellt. Die Verpflichtungsberechtigten erhalten auf Vollmilchkarten die ihnen zustehende Vollmilch durch einen vom Bezirksvorstand bestimmten Aufhalter.

S. 4.

Alle Aufbauern der Gemeinde erhalten die ihnen zustehenden Buttermengen einmal wöchentlich und 40%, der gewonnenen Mager- und Buttermilch von der Milcherei geliefert.

S. 5.

Das Zurückholen von Butter, Mager- u. Buttermilch oder Quark hat zu den gesetzlichen Höchstpreisen zu erfolgen. Die Milch ist nach Festgebot zu bezahlen. Die Abrechnung mit den Milchereien hat monatlich zu erfolgen.

S. 6.

Die Abholung der Vollmilch u. Rücklieferung der Magermilch liegt den Milchereien ob. Die Gemeindebehörden haben vorstüdzlich bekannt zu machen, wann die Milch zur Abholung bereit stehen muss.

S. 7.

Streitigkeiten zwischen den Aufbauern und den Milchereien aus den Milch- und Butterlieferungen entscheidet der Bezirksvorstand.

S. 8.

Der Aufhalter muss sich von der Milcherei die Ablieferung von Milch und die Milcherei von dem Aufhalter die Lieferung von Butter, Mager- und Buttermilch oder Quark ausschließlich bis Montag früh auf vorgeschriebenem Lieferpunkt bestätigen lassen.

S. 9.

Wer den in dieser Anordnung erlassenen Vorschriften zuwidert, wird gemäß § 16 der Verordnung des Kriegsministeriums vom 3. 11. 17 bestraft werden. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse und der Geräte, die zur verbotswidrigen Herstellung von Butter benutzt worden sind, erkannt werden ohne Unterlaß, ob sie dem Täter gehörten oder nicht. Auch der Versuch ist strafbar.

S. 10.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 24. Februar 1919 in Kraft. Grimm a, den 17. Februar 1919.

abgedruckte Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Grimma vom 8. d. M. wird noch besonders hingewiesen.

Naunhof, am 20. Februar 1919.

Der Bürgermeister.

Willer.

Thiemann.

Der innere Krieg.

Auch diesmal hat General Koch alle Bitten und Schwadronen unseres Unterhändlers um Milderung der feindlichen Bedingungen, um menschliche Rücksichtnahme auf unsere Frauen und Kinder, auf ein Mindestmaß von Erbarmen für unsere armen Gefangenen mit der sündigen Bemerkung abgetan: Wir haben noch keinen Frieden, wir haben noch Krieg — ein Drittes kennt er nicht. Und so bleibt die völkerrechtswidrige, die menschenmordende Blockade in voller Grausamkeit bestehen, und Frankreich verschleppt wirklich an die Zweimalhunderttausend deutsche Männer nach dem ehemaligen Kriegsgebiet, um sie dort schimpfliche Sklavenernährung verlieren zu lassen. Und damit wir nur ja nicht etwas aufzutun anfangen, werden die Waffenstillstandsbedingungen von Monat zu Monat verschärft, statt, wie es natürlich wäre, von Verlängerung zu Verlängerung dem endlichen Friedensaufstand mehr und mehr angehört zu werden. Die deutsche Regierung aber muss frohdien eingesehen, daß das durch deutsche Volk in einem völlig unbegründeten Optimismus über seine Lage dahinlebe, so sehr, daß man garnicht ernsthaft daran denken könne, es durch hartes Ausbeben gegen die schimpflichen Summungen unserer Feinde aus seiner Stumpfheit aufzufüllen. Sicherlich haben wir diese unmöglich traurige Erdeinigung zu einem Teil auf die vorangegangenen seelischen Überbelastungen zurückzuführen; der Rückslag mußte ja einmal kommen. Nur ist er leider zu früh gekommen; wie auf anderen Gebieten manch eine lebhafte Erkenntnis uns leider zu spät gekommen ist.

Aber im Innern Krieg zu führen, Bruder gegen Bruder, Klasse gegen Klasse, dazu reicht die Spannkraft des Volkes immer noch aus. Als gäbe es keine dringendere Parole für uns als die, nur ja keine Rübe im Lande einzuführen zu lassen, wird das Feuer des Bruderkampfes immer wieder angezündet, wenn es ja schon einmal in sich zusammengefunden droht. Der Feldzug gegen die Bolen ist ja nun wohl bis auf weiteres beendet, und damit wird also im Osten sozusagen "Ruhe" eintreten. Dafür lobt der Brand wieder um so gefahrdrohender im Westen auf und scheint eine neuere Periode innerer Kämpfe durchzumachen zu sollen. Das ganze Ruhrrevier steht in Flammen. In größter Eile werden Regierungstruppen in die Grubenbezirke geschickt, wo eine Schiedsgerichtsausschüttung ist, die jede produktive Arbeit unmöglich macht. Gewalttaten werden verübt, Geiseln genommen — es wird also regelrechter Krieg geführt. Deutsche gegen Deutsche! Die Macher des Gangen nennen es allerdings Generalstreik und zu tun ist es ihnen um den Sturz der Regierung, der selben Regierung, die eben erst von der gesamten Vertretung des deutschen Volkes mit erdrückender Mehrheit in ihr Amt eingeführt worden ist. Aber wenn die Gewalt auch in unserem inneren Staatsleben über das Recht triumphieren sollte, dann würden wir jedem Anspruch auf den Namen eines Kulturvolks verlustig gehen, dann würden wir versinken in Barbarei und in Hunnentum, und wir würden uns selbst zu dem erniedrigen, was die Feinde vom ersten Tage des Weltkrieges an aus uns gemacht hatten. Dann würde eine Gewalt immer nur die andere ablösen, und auch der innere Friede würde uns in unerreichbare Formen entwinden. So lange wir aber noch eine Regierung haben, kann sie unmöglich darauf verzichten, Gesetz und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. So traurig es ist, daß auch eine sozialdemokratische Regierung die Gewalt des Waffen gegen eigene Volksgenossen anwenden muß. Herr Scheidemann sieht sich fortgesetzt dazu gezwungen, leider ohne hoffen zu dürfen, auf diese Weise die ihm nicht gehorgenden Teile der Arbeiterschaft zur Vernunft zu bringen. Im Gegenteil, je sönder er eingreifen muß, desto mehr Erbitterung wird erzeugt. Wie man aus diesem unglaublichen Kreislauf herauskommen soll, ist eine schwer unlösbare Aufgabe.

Das ist der eine Krieg, den wir im Innern zu führen haben, der Spartakuskrieg. Daneben haben wir noch in Berlin, aber nicht nur in Berlin die ausgedehntesten Lohnbewegungen, die, wie es scheint, auch nicht zur Ruhe kommen dürfen, damit wir uns nur ja nicht wieder ungestörter Arbeit hingeben können. Nach den Arbeitern sind jetzt die Kaufmännischen Angestellten an der Reihe. Das ganze Geschäftsleben der Fleischhauptstadt wird lahmgelegt, Tausende und aber Tausende müssen seien, blos weil es noch nicht gelungen ist, über einen Teilanspruch, der in dem Gesamtanspruch neuerforderungen eine verhältnismäßig nebenständliche Rolle spielt, eine volle Einigung zu erzielen. Daneben bläst sich der Wachstumsdruck einer Organisation auf, die für sich allein als die ausschließliche Vertretung der Angestellten gelten will. Um solcher Vappalen willen — Vappalen in Angesicht der gesamten Lage, in die wir durch den Verlust des Krieges geraten sind — wird das Leben eines Fleischergemeinschafts auf das empfindlichste bedroht. Wenn wi-

Sitzung des Stadtgemeinderates

Freitag, den 21. Februar 1919 abends 1/8 Uhr

Tagesordnung.

1. Verpflichtung des als Stadtrat gewählten Herrn Stadtvorordneten Thiemann.

2. Einweihung des Herrn Hugo Oberländer als Stadtvorordneten.

3. Wahl der Ausschüsse

a) Sparkasse: 1 Stadtrat, 4 Stadtvorordnete; von den Stadtvorordneten müssen mindestens 2 ansässig sein.

b) Finanz- und Schatzungswesen: 3 Stadtgemeinderatsmitglieder,

c) Bauwesen: 3 Stadtgemeinderatsmitglieder,

d) Gasanstalt: 2 Stadtgemeinderatsmitglieder,

e) Feuerlöschwesen: 3 Stadtgemeinderatsmitglieder,

f) Marktwesen: 2 Stadtgemeinderatsmitglieder, als Marktgäblichen,

g) Ortsbeschleunigung: 4 Stadtgemeinderatsmitglieder.

4. Bestimmung des regelmäßigen Sitzungstages.

5. Bauschule Müller.

6. Verpflichtung des Ratskellers.

7. Vermüllung der Kosten für die diesjährige Flurbewachung.

8. Gesuch um Weiterpacht eines Flurstücks.

9. Bänderung in der Butterverteilung.

10. Beurlaubung des Stadtwachtmeisters.

11. Umzug der Volksschule.

Stadtverordnetenwahl.

Nachdem Herr Gustav Thiemann als Stadtrat gewählt wurde, ist an seine Stelle ein anderer Bewerber aus demselben Wahlkreis als Stadtvorordneten zu berufen. Hierfür ist

Herr Kaufmann Hugo Oberländer

vom Wohlauschuss bestimmt worden.

Naunhof, am 20. Februar.

Der Wahlkommissar.

Willer.

Verfolgung von Obstbaumshädlingen:

Alle Besitzer von Obstbäumen werden angewiesen, sofort die Verfolgung aller Obstbaumshädlinge und Obstbaumkrankheiten vorzunehmen oder durch Sachverständige vornehmen zu lassen.

Auf die in den Nachrichten für Naunhof vom 16. d. M.

aber so sehr dass es klängt haben, den Weltkrieg so tödlich wie nur irgend möglich abzubrechen, wozu verzweifeln wir uns jetzt auf den Weltkrieg im Innern? Dass dieser wirklich leichter genommen werden als jener?

Sonst glaubte man, dass England verbinde, das gesetzte Leid nur halb empfunden werde. Auch diese alte Erfahrung scheint jetzt in die Brüche zu gehen. Wir wenigstens, das deutsche Volk, haben uns noch niemals so unerbittlich, so grausam unter einander bekämpft wie heute. Das kann kein gutes Ende nehmen, auch nicht für diejenigen, die durchaus die Palme des Sieges im innerdeutschen Weltkrieg erringen wollen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Die Zusammensetzung des Großen Hauptquartiers fehlt den Generalleutnant Groener wie bisher als Ersten Generalquartiermeister vor. Ferner werden dort in leitenden Stellungen verwandt: Oberst Hene, früher Stabschef bei Börsig, Oberstleutnant Hesse, langjähriger Stabschef in Hessen, Major v. Stülpnagel, bekannt dadurch, dass er bereits bei Lüttich in den ersten Augusttagen 1914 als Generalstabsoffizier im Oberkommando der Armee Emmich die Führung einer Kompanie übernahm und in den Straßenkämpfen der Vorfahrt Lüttich verantwortet wurde. Die Regelung des gerannten Eisenbahnbahnwesens liegt in den Händen des Chefs des Feldseisenbahnbahnwesens Oberst Freiherrn v. Oldershausen.

* Zu dem Raub der deutschen Kolonien schreibt die holländische Presse: Wir können hierin vorläufig nichts anderes erachten, als einen mehr oder weniger scheinheiligen Versuch, um die Verteilung der kolonialen Beute unter schönen Lösungsworten zu verborgen und Deutschland von jedem Kolonialbesitz auszuschließen. Man fragt sich, woraus denn ersichtlich ist, dass Deutschland in seinen Kolonien es so viel ununtertrieben hat als andere Nächte, die überseeischen Besitz haben. Treten etwa die Portugiesen in ihren Kolonien menschenfreundlicher auf?

* Polen, die deutsch bleiben wollen. Über 700 Polen in Kościel, Oberschlesien, haben öffentlich Einpruch erhoben gegen die Angliederung von Teilen Schlesiens an den neuen polnischen Staat. Sie verlangen nur den ungehinderten Gebrauch ihrer Muttersprache, auch in der Religion.

* Wechsel im Reichsmarineamt. Dem bisherigen Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral Ritter v. Mann, ist die nachgeführte Entbebung von seinem Posten erteilt worden. Unter dem Reichswehrminister Rosse führt bis auf weiteres Viceadmiral Rogge die Geschäfte. Er hat sich aber keine Stimme im Kabinett.

* Einberufung der preußischen R. V. Wie aus Weimar gemeldet wird, hat das preußische Staatsministerium die Einberufung der preußischen Nationalversammlung auf den 4. März endgültig beschlossen.

* Das Schicksal der deutschen Seefahrt. Es ist so gut wie sicher, dass die endgültigen Friedensbedingungen betreffs der deutschen Flotte folgende Punkte umfassen werden: Verstärkung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungsanlagen am Kieler Kanal sowie Öffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr. Man wird Deutschland nur eine Flotte belassen, die für Verteidigungszwecke genügt.

* Über das Schicksal Preußens verbreitete sich in Weimar Staatssekretär Preuss vor den Vertretern der Presse. Nach seiner Ansicht sei die beste Lösung die Bergung Preußens in mehrere große selbstständige Teile. Es bleibt aber, als ob die Zeit dafür noch nicht reif sei.

* Heeresbericht Ost. Die Polen kümmern sich nicht um den Waffenstillstand. So griffen sie nach dem Heeresbericht östlich Bialystok an. Der Angriff von fünf Kompanien mit Artillerieunterstützung hatte die Befreiung des Bahnhofs von Bialystok zum Ziel. Der Angriff scheiterte im Feuer unserer Artillerie und Maschinengewehre. Die Polen erlitten schwere Verluste. Die eigenen sind gering. 108 tote Polen gezählt, 6 Gefangene, vier leichte und zwei schwere Maschinengewehre und zahlreiche Gewehre erbeutet. Die Versuche der Polen, den oberen Reh-Kanal östlich Nezwalds zu überschreiten, scheiterten.

* Wieder einmal die amerikanischen Lebensmittel-schiffe. Die amerikanische Lebensmittelkommission ist von Genf nach Deutschland weitergereist. Sie soll sich dort bis zum 1. April aufzuhalten. Wie versteckt wird, rechnet man damit, dass das Eintreffen der ersten amerikanischen Lebensmittelsschiffe in Deutschland für die erste Märzwoche zu erwarten ist.

* Konflikte im 14. Armeekorps. Der Landessatzschuss der babilischen Soldatenrichte rückte an das Generalkommando des 14. Armeekorps ein, bestreitetes Früchten, worin das volle Kontrollrecht des Auskusses in Offizierangelegenheiten, das Beleben jeder Abteilung des Generalkommandos durch Ausschüttung, die Mitzeichnung und Mitgenehmigung aller Verfügungen, die Besserung des Offiziersbestandes gefordert werden. Das Generalkommando lehnte dies ab und bestach, jeden Gewalteintritt mit allen Mitteln zurückzuweisen.

* Hindenburg und Scheidemann. Wie gemeldet wird, soll Feldmarschall von Hindenburg ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Scheidemann gerichtet haben, in dem er sich gegen Scheidemanns Außerung bezüglich des Generals Ludendorff als genialen Helden wendet. Der Brief Hindenburgs an Scheidemann ist durch Flugpost in Weimar eingetroffen.

Österreich.

* Das amtliche Wahlergebnis liegt noch nicht vor, da aus einzelnen Bezirken die Wahlrezultate fehlen, doch wird in unterrichteten Kreisen nach den bisherigen Meldeungen folgendes Gesamtergebnis erwartet: 75 Sozialdemokraten, 63 Christlichsoziale, 22 Deutschfreiherrliche, ein Tscheche und ein Jüdischnationaler.

Frankreich.

* Nach der Finanzlage, wie sie in der Budgetkommission bekanntgegeben wurde, sind während des Krieges 183 Milliarden ausgegeben und 158 Milliarden eingenommen worden. Der sich ergebende Fehlbetrag dürfte sich auf 50 Milliarden erhöhen. Man denkt einen Teil des Fehlbetrages durch eine Kriegscontribution von Deutschland zu decken. Man rechnet damit, dass mindestens für 11 Milliarden neue Steuern aufgebracht werden müssen. Angesichts dieser gespannten Finanzlage wurde wiederum die Frage aufgeworfen, ob die entstandenen Kriegskosten nicht in entsprechender Weise auf die verschiedenen Alliierten verteilt werden können.

Was In- und Ausland.

Berlin. Der neue Reichswirtschaftsminister Wissell hat sein Amt angegetreten und sich den Beamten des Reichswirtschaftsamts in einer kurzen Ansprache vorgestellt.

Nürnberg. Hier haben Kommunisten das Generalkommando und den Gräflichen Kurier gestürzt, von wo bewaffnete Matrosen Maschinengewehre auf das Rathaus richteten. Die Polizei ist entmassnet und wird am Dienstag verhindert. Später wurde das Generalkommando wieder geründet.

Königsberg. In Orléansburg ist es zwischen Spartakisten und Jägern zu einem Zusammenstoß gekommen. Schüsse aus den Häusern wurden von den Jägern mit Gewehrfeuer erwidert. Zwei Männer wurden getötet und acht verwundet. Über Orléansburg ist der Belagerungszustand verhängt.

Cappeln. Die tschechische Regierung hat eine völlige Grenzvergne nach Deutschland angeordnet. Grund ist die Abstempelung der Banknoten durch den tschechischen Staat.

Mailand. Die Kriegskosten Italiens für Meer und Böte liegen sich seit Beginn des Krieges auf 48 480 Millionen lire.

Lugano. Die portugiesische Gesandtschaft in Rom teilt mit, dass nachdem in Oporto und in den übrigen Nordprovinzen neuerdings die Republik proklamiert worden, die monarchische Erhebung endgültig als geschafft anzusehen sei.

Sturm in der Nationalversammlung.

(10. Sitzung.)

CB. Weimar, 18. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden Protesttelegramme wegen der Demarationslinie in Polen aus Bromberg, Birnbaum und Bentschen verlesen. In einem Telegramm aus Berlin wendet sich ein Herr mit scharfen Worten gegen den Vergnügungsvölker und fordert die Einführung von Landesträten und das Verbot öffentlicher Tanzlokalitäten. (Gebotser Beifall)

Der Vorsteher der Waffenstillstandscommission teilt mit, dass die französischen Behörden sich damit einverstanden erklärt haben, den Mitgliedern der Nationalversammlung aus den belebten Gebieten Dauerauslässe nach Weimar und für die Rückfahrt von Weimar für die Dauer der Tagung der Nationalversammlung ausgestellt werden können.

Die Interpellation wegen der harten Bedingungen des Waffenstillstandes.

eingehabt durch Dr. Heine im Namen der Deutschen Volkspartei, wird nunmehr behandelt. Verlangt wird eine Denkschrift über die bisher geschlossenen Verhandlungen. Für die Interpellanten begründet Abg. Dr. Voegeler (D. P.) die Sonntag sei eigentlich jede Begründung überflüssig. Ledner geht auf die allmähliche Stillierung und Abschaltung unseres Wirtschaftslebens ein. Es war technisch einfach unmöglich, die Bedingungen der Lieferung von Lokomotiven, Wagen usw. zu ermöglichen. Dr. Voegeler bedauert, dass kein sachverständiges Programm aufgestellt worden sei und kritisiert dann entschieden die Tätigkeit des Ministers Erzberger. Als er zu schweren persönlichen Angriffen übergeht, entlädt loute Schlußufe im Hause. Dr. Voegeler, den man als Vorsitzender der rheinisch-mitteldeutschen Großindustrie ansieht, droht mit der gänzlichen Durchsetzung derselben, wenn man ihre Sachverständigen wie Hugo Stinnes nicht zu Abmachungen wie in Triest ausstelle.

Reichsminister Erzberger

verweist in der Beantwortung den Vorredner an die Adresse des Marschalls Koch, wenn er Vorwürfe wegen der harten Bedingungen erheben will. Erzberger vertheidigt sich unter dem Beifall der überwiegenden Mehrheit des Hauses gegen die persönlichen Angriffe und geht zum Gegenangriff über, indem er den hinter Dr. Voegeler stehenden Kreisen die Schuld für die Verlängerung des Krieges aufsässt und sagt, nur deren Dreitigfalt. Reichsfertigkeit und Eigensinnigkeit seien es, die solche Szenen wie die heutige möglich machen.

Gegen diese Worte erhebt die Deutsche Volkspartei fürstliches Widerrecht, und das Haus gerät in die lebhafte Erregung, als Buntkunst und Linke ebenso lebhaft für Erzberger eintreten.

Das Ruhrrevier in Bedrängnis.

Bergerwaltung der Arbeitswilligen.

Die Lage im Ruhrrevier und am Niederrhein wird von Stunde zu Stunde bedrohlicher. Auch hier ist es wieder eine bewaffnete Minderheit, die die Bürger und Arbeitswilligen mit Gewalt unter ihren Willen zwinge und einen Terrorismus ohne gleichen ausübt. Weil die Regierung endlich Truppen sandte, um Ordnung zu schaffen, deshalb proklamierte Spartakus den Generalstreik, der mit Gewehren und Maschinengewehren gewaltsam durchgeführt worden ist. Fast alle Betrieb und sonstigen Großbetriebe liegen still, und die Stadt Münster ist bereits ohne Gas.

Mülheim (Ruhr), 18. Febr. Die Spartakisten haben alle ärmeren und kleineren Betriebe stillgelegt. Auch die Zeitungen wurden am Erscheinen verhindert. Der Arbeiterrat erklärte, dass der Generalstreik solange andauern würde, bis die Truppen aus dem Industriegebiet zurückgezogen seien. Die Vergleiche auf allen Betrieben in Frage kommenden Gebieten haben gleichfalls die Arbeit niedergelegt.

Münster, 18. Febr. Bei dem Kommando des 7. Armeekorps sieht man die Lage politisch wie militärisch für durchaus günstig an. Mitteilungen, wonach die Spartakisten Vorteile errungen hätten, sind ungutstellend. Im Gegenteil geben die Regierungstruppen vorwärts.

Die Nachricht, dass die Spartakisten Hervest-Dorsten den Regierungstruppen wieder abgenommen hätten, wird amtlich dementiert. Die Regierung wird aber die größte Energie und vor allen Dingen eine genügend große Truppenmacht aufwenden müssen, will sie der Aufrührerbewegung Herr werden.

Spartakisten-Hauptquartier Düsseldorf.

Ganz offen wird die ganze Bewegung von dem in der neutralen Zone gelegenen Spartakusnest in Düsseldorf geleitet. In dieser Stadt geht es ja auch seit Monaten schon toll genug zu. Auch neuerdings sind durch einen Gewaltstreich der dortigen Spartakisten wieder alle bürgerlichen Zeitungen besetzt und gesperrt worden. Auch alle Düsseldorfer Großbetriebe wurden gewaltsam stillgelegt.

Hilfsluft aus allen Ecken.

In ungezählten Mengen gehen bei der Reichsregierung Hilfsluft aus allen Orten des Reviers ein, die um Befreiung von der Spartakusfeuer bitten. Der Verband der Kaufmännischen Grubenbeamten in Essen protestiert energisch, weil sein Vorsitzender von den Spartakisten ermordet worden ist. Alle Banken haben geschlossen und fordern Schutz, bevor sie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Weitere Truppensendungen.

Trotz der Drohungen der Spartakisten, die Bergwerke zu sabotieren, ist die Reichsregierung, wie aus Weimar gemeldet wird, entschlossen, im Ruhrrevier Ordnung zu

schaffen. Sie hat deshalb eine Brigade nach Münster beordert und wird weitere Truppensendungen in kürzer Zeit folgen lassen. — In Dorsten verloren die Spartakisten allein 24 Tote und 100 Gefangene. Die Verluste der Regierungstruppen betragen 5 Tote.

Verschiedene Nachrichten.

Duisburg. Hier ist eine zweite belgische Kompanie eingezogen; eine dritte soll folgen.

Wesel. Um den unsicheren Zuständen ein Ende zu machen, ist hier belgisches Militär eingezogen.

Mülheim (Ruhr). Hier ist die Beamtenzahl in einem Abwehrstreik eingetreten, wodurch die Stadt vom Börs- und Bahnhof verkehr abgeschnitten ist.

Drohender Generalstreik in England.

Verstärkung der Lage.

Rotterdam, 18. Februar.

Wie aus London berichtet wird, hat die Lage des industriellen Kampfes, die einer Entspannung entgegenzugehen scheint, eine neue Verschärfung erfahren. Verschiedene große Arbeitersorganisationen beschließen wieder in den Aufstand zu treten. Die Vereinigung der großen Gewerkschaften hat zu den Verbündeten im Kohlenbergbau Stellung genommen. Sie hat sich nachdrücklich auf die Seite der Bergarbeiter gesellt und tritt sich mit der Absicht, am 15. März den Generalstreik im englischen Bergbau zu proklamieren.

Um die Stimmung ihrer Mitglieder kennenzulernen, hat die Vereinigung eine allgemeine Abstimmung über die Erklärung des Generalstreiks angeordnet, deren Durchführung in den ersten Märztagen erfolgen soll. Amtlich wird in London bekanntgegeben, dass die nationale Konferenz, die die Regierung angefischt, die Unzufriedenheit in der Industrie zusammenbringen hat, am 27. Februar in Westminster tagen wird.

Die fünfte deutsche Verfassung.

Reichsrecht vor Landesrecht.

Berlin, 18. Februar.

Aber die in Arbeit befindliche fünfte deutsche Reichsverfassung wird halbamtlich erklärt, dass der Gesetzentwurf eine Stärkung der Reichsgewalt gegenüber den Einzelstaaten bringt, und nach wie vor der Grundtag geltend ist: "Reichsrecht geht vor Landesrecht." Die Nachricht, dass die gesamte Kommandogewalt, wie sie bisher der Kaiser innehatte, auf den Reichspräsidenten übergehen solle, ist ungutstellend. Wer nur flüchtig den Verfassungsentwurf gelesen hat, weiß, dass darin ausdrücklich gelagert wird, dass Kriegserklärungen und Friedensschluss durch Reichsgesetz erfolgen, und alle zivilen und militärischen Anordnungen der Gegenseite eine Abänderung der Verordnung über die Rückbürne und die Befreiung der Vertragsvereinigungen wie die Verschärfung, als eine Milderung.

Neue Reichs-Gesetzentwürfe.

Das Staatenhaus.

Weimar, 18. Februar.

In seiner letzten Sitzung erklärte sich das Staatenhaus damit einverstanden, folgende Gesetzentwürfe der Nationalversammlung vorzulegen: 1. Der Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der verfassungswidrigen Vorschriften. 2. Der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. 3. Der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Rückbürne in Frankreich und Belgien weggenommenen Betriebsvereinigungen vom 1. Februar 1919.

Thema: Weltfrieden!

Politische Stunde in einer amerikanischen Schule.

Merkwürdige Eindrücke in einer Brooklyner Schule hat ein schwedischer Schriftsteller, der fürstlich aus Amerika zurückgekommen ist. Im Versammlungsraum der Schule sah der Schwede etwa 600 Schulkinder, die zunächst vor einer amerikanischen Fahne eine patriotische Kundgebung veranstalteten. Sobald das Nationalblatt vom Sternenbanner verklungen ist, tritt der Lehrer vor die Versammlung, begrüßt die Kinder und fragt sie, was sie zu beruhigen wünschen, nachdem sie sich wegen der Grippeepidemie längere Zeit nicht getroffen haben. Ein Knabe schlägt vor: die Kriegsergebnisse, ein Mädchen: das Frauenstimmrecht. In der Abstimmung siegt aber ein dritter Vorschlag: "Sprechen wir vom Frieden." Es war eine regelrechte politische Debatte mit Abstimmungen. Der Lehrer war nur gelegentlich einrichtungswidrig. Zwischen ihm und den Kindern gab es kein Verständnis.

"Es darf keinen Krieg mehr geben nach diesem." Lehrer: "Das ist leicht gelöst. Wie wollt ihr das machen?" Schüler: "Demokratie muss in aller Welt sein." Lehrer: "Demokratie ist ein Wort, die Fahne ist ein Stück farbige Seide an einer Stange. Beide sind weiter nichts wert, wenn man den Sinn nicht kennt." Schüler: "Untere Fahne steht für Freiheit und Gerechtigkeit." Ein zweiter: "Und für Demokratie auch." Ein Mädchen: "Demokratie heißt: es darf kein König sein." Nach längerem Suchen nach der richtigen Formel einigt sich die Versammlung auf den Satz: "Die Völker müssen ihre Herrscher selbst wählen." Warum? Ein Mädchen wagt die Begründung: "Weil eine Sache besser behandelt wird, wenn viele Köpfe darüber nachdenken, als wenn es nur einer tut." Auch die Begriffe "Freiheit" und "Gerechtigkeit" werden von den Kindern zerplastert. Das die Freiheit für alle darunter nicht lebt, begreift die Kinder ausgeszeichnet. "Reich und arm müssen gleiche Rechte haben", rief ein Knabe. Und wie ein Echo aus dem russischen Reich klang die Antwort eines Knaben: "Die Reichen sollen den Armen Land geben!" Starke und schwache Nationen müssen die gleichen Rechte haben." Das bedarf keiner langen Erörterung; es wird abgestimmt und alle Hände fliegen hoch. "Und alle Völker sollen frei und unabhängig sein." Welche Völker? Belgien, Irland, die Philippinen, Schottland, Waldeck und Borsig, Elsaß-Lothringen, Österreich-Ungarn." Lehrer: Wenn alle Völker frei, unabhängig und demokratisch sind, ist dann der Friede gesichert?" Es erheben sich Zweifel, die Stirnen kraulen sich. "Man muss einen Friedensvertrag machen, damit keine Kriege mehr sein sollen." "Man muss sich vereinigen." Und einsinnig wird am 7. November 1918, vormittags 10 Uhr, im Volksschulraum zu Brooklyn der Weltbund beschlossen. Es heißt nicht "Gesellschaft der Nationen" oder dergleichen, es heißt "World League", Weltbund. Das ging leichter

als in die ausgebettet. Niemand gewollt. Wodur

halbwelt.

Sie de

teilweise

und von

an den

freiwillig

verschafft wird, haben die Zigarettenfabriken in Dresden, dem Zentrum der deutschen Zigarettenfabrikation, nur noch für höchstens zwei Monate Tabakvorräte. Auch die Vorräte der Feuerzigaretten sind so stark geschrumpft, daß in absehbarer Zeit ein vollständiger Mangel an Zigaretten eintreten wird. Dabei werden auch die an sich schon geringen Vorräte von Zigaretten aufgebraucht, da infolge der Sperrung in Holland weder Tabak noch Zigaretten aus Deutschland eingeführt werden können.

† Bezahlung alter Schulden. Es will manchem Schuldner nicht in den Sinn, daß er Schulden aus dem Jahre 1912 oder gar die Jinsen, Meitschulden, Unterhaltsgelder und sonstigen wiederkehrenden Leistungen aus dem Jahre 1910 jetzt bezahlen soll, nachdem ihn der Gläubiger die ganzen Kriegsjahre hindurch in Ruhe gelassen und sich doch mit gelegentlichen Mahnbriefen seinerseits und kurzen Entschuldigungen zufrieden gegeben hat. Der Gläubiger durstet diese Schamlosigkeit, weil durch Verordnung des Bundesrats vom 22. Dezember 1914 und ebenso in den folgenden Jahren, zuletzt am 11. Oktober 1917, die zum Jahresende drohende Verjährung der Forderungen um ein Jahr weiter hinausgeschoben wurde. Das ist nicht nur zugunsten der Kriegsteilnehmer, sondern auch der Daseinsgebliebenen geschehen, weil wir fast alle unter dem Kriege gelitten und noch leiden. Der Gläubiger hat Nachdruck geübt und kann es auch noch für die Dauer des ganzen Jahres 1919.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Bau staatlicher Flussdampfer. Nach einer Meldung aus Wilhelmshaven hat die Reichsregierung den Reichswerken den Bau von 60 Flussdampfern übertragen, der sofort in Angriff genommen werden soll.

* Streitgefahr bei den Kriegsgesellschaften. Trotz aller bisherigen Vergünstigungen und Geldzuwendungen drohen die Angestellten der Kriegsgesellschaften mit einem Streik. Die Regierung verweigert ihnen die neu geforderte Leistungszulage, die insgesamt den Staat mit 48 Millionen Mark belasten würde. Die Regierung bemerkt dazu, mit gleicher Rücksicht könne dann die gesamte Beamtenchaft ähnliche Forderungen stellen.

Nah und Fern.

* Das erste Buch über Ebert. Der Reichspräsident Ebert hat bereits seinen Biographen gefunden. Der Vorwärts-Redakteur Dr. Franz Diederich hat seine Biographie geschrieben, ein knappes Buch, das eine Sammlung „Führer des Volkes“ eröffnet. In der selben Sammlung wird auch eine von Scheidemann geschriebene Monographie über Ludwig Frank erscheinen.

* Reisezeugnis für Grenzschutz-Freiwillige. Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung macht bekannt, daß junge privat unterrichtete Leute, welche die Möglichkeit ihrer Reifeprüfung zu Ostern d. J. nachweisen, zugleich zu dieser Prüfung zugelassen werden können, falls sie sich zum Grenzschutz-Ost anmelden und dort angenommen werden. Die Aushändigung des Bezeugnisses erfolgt, wenn sie dem Grenzschutz mindestens drei Monate oder bis zu seiner Auflösung angehört haben. Wenn sich Schüler, die in den Grenzschutz-Ost eintreten, zur Schlussprüfung melden, ist mit ihrer Erlaubnis und mit der Aushändigung des Bezeugnisses ebenso zu verfahren.

* 200 amerikanische Offiziere und Soldaten reisten durch Berlin nach Warnemünde. Es handelt sich um die 200 von der Entente im Januar angebotenen Offiziere und Unteroffiziere, die auf die russischen Gefangenenzlager verteilt werden sollten, um die Gefangenen zu kontrollieren, besonders aber, um auf sie in antibolschewistischem Sinne einzutwirken.

* Streitdebatte einer Lehrerschaft. Eine Versammlung der Leipziger Lehrerschaft stellt die dringliche Forderung auf zeitgemäße Besoldung und Selbstverwaltung jeder Schule unter Androhung passiven Widerstandes und offenen Streiks.

* Exerzierplätze als Gewächsgärten. Die landwirtschaftliche Ausbildung von Exerzier- und Übungskräften will das sächsische Ministerium des Innern herbeiführen. Es sollen mehrere tausend Hektar Acker- und Weizenland der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

* Verbot der Fastnachtsfeiern auch in der Schweiz. Vor kurzem ist aus dem belebten Rheinland die Verbrennung der Erlaubnis zur Ablösung von Maskenbällen von Seiten einer französischen Behörde bekannt geworden. Gestern hat die Schweizer Regierung aus denselben Gründen, nämlich in Ansehung des großen Ernstes der Zeit, beschlossen, alle Fastnachtsfeiern und Maskenbälle auszuhallen zu lassen.

* Eine Million für die Heilung des Krebses. Ein Königlich in Vogiers verstorbener Mann namens Galvet hat der medizinischen Fakultät in Montpellier sein ganzes Vermögen vermacht mit der Bestimmung, daß daraus alljährlich ein Preis für die beste Abhandlung über die Heilung der Krebskrankheit verliehen werde. Die Stiftung wird auf fast eine Million Franken geschätzt.

* Ein neuer Mont-Cenis-Tunnel. Der Verwaltungsrat der Luxiner Eisenbahn beschloß die Anlage eines neuen Tunnels durch den Mont Cenis, der die Verbindung zwischen Italien und Frankreich sowie England bedeutend verkürzen wird.

* Wehrschule in Potsdam. Zum 15. März soll nach einer militärischen Korrespondenz in Potsdam eine neue Wehrschule eröffnet werden, die an die Stelle der bisherigen Kriegsschule tritt. Als Lehrer werden eine Anzahl Offiziere versetzt. Zum Besuch der Schule werden 120 Leutnants kommandiert, die schon ein bis zwei Jahre ihrem Dienstgrad befreit haben und die sich verpflichten, noch mindestens fünf Jahre im Heere zu bleiben. Der Lehrplan umfaßt die militärischen Fächer, die auch früher schon auf der Kriegsschule gelehrt wurden, daneben aber noch als Hauptfach mit zehn Stunden wöchentlich Bürgerkunde und Heereswesen. Der Kursus ist auf sechs Monate berechnet.

* Um ein Butterbrot. In Altenstädt, Kreis Wolfshagen, hat der auf Urlaub befindliche Musketier Gredé nach einem Streit um ein Butterbrot seinen Vater durch einen Revolverschuß getötet. Der Mörder ist geflüchtet.

* Geschenke für Belgien und Frankreich. Die griechische Regierung hat beschlossen, Belgien zur Erinnerung an den gemeinsamen Kampf für die „Freiheit“ eine Kopie der Kolossalstatue der Themis aus dem kleinen Nemesisstempel in Rhodus zu überreichen. Ein Großkaufmann aus Bergen, der Schiffsbauer Wallen, hat an Marshall Koch 100 000 Kronen als Beitrag zum Wiederaufbau einer der französischen Städte geliefert. Koch hat dafür die Stadt Bouhaven-Bergen gewählt. Die Stadt wird dann „Bouhaven-Bergen“ heißen.

* Aufgestoppte deutsche Liebesgaben am Badische Postamt. Im Basler Postgebäude liegen seit Dezember 6000 Säcke aufgestoppt mit Lebensmitteln und Liebesgaben des deutschen Volkes an seine in französischer Kriegsgefangenschaft schmachenden Söhne. Verschiedene Briefe und Depeschen an die französischen Behörden abgegangen, um die Sendung von Güterwagen zu veranlassen.

* Die ersten Apfelsinen in Berlin. Nachdem mehrere Jahre keine Apfelsinen mehr auf dem Berliner Markt zu sehen waren, ist es der Bevölkerungsmehrheit deutscher Feinkostläden gelungen, einen allerdings nur bescheidenen Transport Apfelsinen und Birnen einzuführen. Die Preise, die für die Süßfrüchte gefordert werden, sind fabelhaft hoch.

* Eine ganze Schafherde beschlagnahmt. Auf Veranlassung des Landratsamtes wurde in Wächtersbach bei Hanau eine Schafherde von 427 Stück beschlagnahmt. Die Herde kam aus dem Bayerischen und war bereits durch den Kreis Schlüchtern getrieben worden, um von hier nach Westfalen verloren zu werden. Sie war heimlich aufgezogen und kaum noch leiden. Der Gläubiger hat Nachdruck geübt und kann es auch noch für die Dauer des ganzen Jahres 1919.

* Der italienische Kunstraub in Wien. Aus Wien wird gemeldet: Nachdem die italienische Waffenstillstands-kommission ihren Stab der Kunstsäle im kaiserlichen Hoftheater durchgeführt hat, ist sie an die Befreiung von 88 Gemälden, die in der Akademie der Künste untergebracht waren, gegangen. Es sind lauter Werke allererster venezianischer Meister und ein Dürer, die Millionen-werte darstellen.

* Eine Internationale der Jugend. Die sogenannte rote Gruppe der französischen Studentenschaft veröffentlicht einen Aufruf an die Studenten-Verbände zur Schaffung einer Internationale zur Vereinigung der Jugend. Als Ideal dieser Gesellschaft wird nicht Wilson, sondern Romain Rolland als Bekämpfer des Imperialismus ausgerufen.

* Der Luftomnibus „Goliath“ hat jetzt seine erste Fahrt von Paris nach London und zurück gemacht. Der „Goliath“, der Führer, Maschinisten und zwölf Fahrgäste an Bord hatte, ging vormittags 11 Uhr 15 von Toussaint-Roble ab und kam 3 Uhr 50 nachmittags nach einer guten Reise in London an. Am folgenden Tag fuhr der Luftomnibus zurück. Er flog 12 Uhr 23 nachmittags von London ab und kam 3 Uhr 31 in Paris an.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. In der Friedrichstraße wurde die 40jährige Geschäftsinhaberin Hedwig Siele in ihrem Laden ermordet. Der Täter stieß dann den Laden in Brand. Er soll großartig Summen erbeutet haben.

Astora. Ein übersetzter Einbrecher schoß hier zwei Polizeipersonen und zwei Sicherheitsolden nieder. Ein Verdächtiger wurde später verhaftet. Die vier Verwundeten liegen hoffnungslos daneben.

* 200 amerikanische Offiziere und Soldaten reisten durch Berlin nach Warnemünde. Es handelt sich um die 200 von der Entente im Januar angebotenen Offiziere und Unteroffiziere, die auf die russischen Gefangenenzlager verteilt werden sollten, um die Gefangenen zu kontrollieren, besonders aber, um auf sie in antibolschewistischem Sinne einzutwirken.

* Streitdebatte einer Lehrerschaft. Eine Versammlung der Leipziger Lehrerschaft stellt die dringliche Forderung auf zeitgemäße Besoldung und Selbstverwaltung jeder Schule unter Androhung passiven Widerstandes und offenen Streiks.

* Exerzierplätze als Gewächsgärten. Die landwirtschaftliche Ausbildung von Exerzier- und Übungskräften will das sächsische Ministerium des Innern herbeiführen. Es sollen mehrere tausend Hektar Acker- und Weizenland der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

* Verbot der Fastnachtsfeiern auch in der Schweiz. Vor kurzem ist aus dem belebten Rheinland die Verbrennung der Erlaubnis zur Ablösung von Maskenbällen von Seiten einer französischen Behörde bekannt geworden. Gestern hat die Schweizer Regierung aus denselben Gründen, nämlich in Ansehung des großen Ernstes der Zeit, beschlossen, alle Fastnachtsfeiern und Maskenbälle auszuhallen zu lassen.

* Eine Million für die Heilung des Krebses. Ein Königlich in Vogiers verstorbener Mann namens Galvet hat der medizinischen Fakultät in Montpellier sein ganzes Vermögen vermacht mit der Bestimmung, daß daraus alljährlich ein Preis für die beste Abhandlung über die Heilung der Krebskrankheit verliehen werde. Die Stiftung wird auf fast eine Million Franken geschätzt.

* Ein neuer Mont-Cenis-Tunnel. Der Verwaltungsrat der Luxiner Eisenbahn beschloß die Anlage eines neuen Tunnels durch den Mont Cenis, der die Verbindung zwischen Italien und Frankreich sowie England bedeutend verkürzen wird.

* Wehrschule in Potsdam. Zum 15. März soll nach einer militärischen Korrespondenz in Potsdam eine neue Wehrschule eröffnet werden, die an die Stelle der bisherigen Kriegsschule tritt. Als Lehrer werden eine Anzahl Offiziere versetzt. Zum Besuch der Schule werden 120 Leutnants kommandiert, die schon ein bis zwei Jahre ihrem Dienstgrad befreit haben und die sich verpflichten, noch mindestens fünf Jahre im Heere zu bleiben. Der Lehrplan umfaßt die militärischen Fächer, die auch früher schon auf der Kriegsschule gelehrt wurden, daneben aber noch als Hauptfach mit zehn Stunden wöchentlich Bürgerkunde und Heereswesen. Der Kursus ist auf sechs Monate berechnet.

* Um ein Butterbrot. In Altenstädt, Kreis Wolfshagen, hat der auf Urlaub befindliche Musketier Gredé nach einem Streit um ein Butterbrot seinen Vater durch einen Revolverschuß getötet. Der Mörder ist geflüchtet.

* Geschenke für Belgien und Frankreich. Die griechische Regierung hat beschlossen, Belgien zur Erinnerung an den gemeinsamen Kampf für die „Freiheit“ eine Kopie der Kolossalstatue der Themis aus dem kleinen Nemesisstempel in Rhodus zu überreichen. Ein Großkaufmann aus Bergen, der Schiffsbauer Wallen, hat an Marshall Koch 100 000 Kronen als Beitrag zum Wiederaufbau einer der französischen Städte geliefert. Koch hat dafür die Stadt Bouhaven-Bergen gewählt. Die Stadt wird dann „Bouhaven-Bergen“ heißen.

Aus dem Gerichtsaal.

* Fall Brins. Der ehemalige Leiter des Berliner Sicherheitsdienstes Brins steht jetzt vor dem Schwurgericht des Landgerichts I, angeklagt des verüchten Totschlags, begangen an dem Zugführer Bok der 14. Kompanie des Sicherheitsdienstes. Brins ist 27 Jahre alt, hat sich in vielerlei Ländern, auch in Amerika, umgesehen, die verschiedensten Berufe betrieben, dann den Krieg mitgemacht, ist zum Unteroffizier befördert worden und wurde schließlich wegen eines Zusammenbruchs mit einem Offizier zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die ihm durch Amnestie erlassen sind. Am 9. November 1918 schloß er sich in Berlin der Revolution an und am 11. November wurde er vom Polizeipräsidenten Eichhorn mit der Leitung des Sicherheitsdienstes betraut. Er formierte 15 Kompanien Sicherheitswehr aus 8000 Freiwilligen. Brins gibt an, in Freundschaft mit Eichhorn geraten zu sein, als er dessen Verlangen nicht nachstamm, Agitation für die Unabhängigen Sozialdemokraten unter der Sicherheitswehr zu treiben. Einmal wurde Brins verhaftet unter der Beschuldigung, Geld untergeschlagen zu haben, dann noch viermal von Eichhorn in Haft genommen, jedesmal aber wieder in sein Amt eingeführt. Eichhorn wollte mit allen Kräften die Wahlen zur Nationalversammlung verhindern, auch der damalige Volksbeauftragte Barth habe ihn in dieser Haltung bearbeitet. Schließlich habe er den Sicherheitsdienst fast gebaut, und wollte Berlin erforschen, der Zugführer Bok habe allerlei Verleumdungen über ihn ausgestreut. Er habe diesen zur Rede stellen wollen, dabei sei ein Schuß losgegangen. Er habe Bok nicht töten, sondern höchstens durchprügeln wollen.

* Ein Sattenmörder freigesprochen. Einen bemerkenswerten Freispruch hat das Schwurgericht zu Bremgau gefällt. Am Dezember vorigen bat der Elektromonteur Otto Soder seine 24 Jahre alte Ehefrau, weil sie zu einem anderen Manne intime Beziehungen unterhalten hatte. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage. Freisprüche dieser Art sind bisher immer nur von französischen Gerichten gefüllt worden.

Kirchennachrichten.

Ev. Jünglingsverein. Freitag, 21. Februar, nach 7 Uhr: Wohnungsfeste.

Dom. Seges.

Naunhof. Vorm. 1/2, 11 Uhr: Gottesdienst (abgekürzt) Abendmahl.

Vorm. 1/2, 12 Uhr: Taufen.

Klinga. Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst.

Spielplan der Leipziger Theater.

Neues Theater.
Freitag 6 1/2 Uhr: „Der Württemberg“. Sonnabend 7 Uhr: „Liebestand“.
Altes Theater.
Freitag 6 1/2 Uhr: „König Alfonso“ oder „So ist das Leben“. Sonnabend 7 Uhr: „Die Dame“.
Neues Operetten-Theater.
Freitag 7 Uhr: „Drei alte Schädeln“. Sonnabend 6 1/2 Uhr: „Der Bettelstudent“.

— Redaktion: Robert Götz. — Druck und Verlag: Stöck & Giese in Naunhof —

Freie Turnerschaft Naunhof (M. d. A. T. B.)
Sonntag, den 23. Februar 1919

Willkommenfeier mit Ball
im Gasthof zu Erdmannshain.
Alle aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder sowie Freunde und Hörner der freien Turnhalle werden hierzu freundlich eingeladen.

Der Vorstand.
Anfang 6 Uhr.
Einladungskarten sind beim Turngenossen U. Haase, Langstraße, zu entnehmen.

Freie Vereinigung ehemal. Realschüler zu Grimma.
Sonnabend, den 22. 2. 1919
außerordl. Zusammenkunft
im kleinen Treppenhaus 1/2, 8 Uhr abends.
Erscheinen aller nötig!
zu guter Herrschaft bei hohem Lohn nach Berlin für 1. April gesucht. Zu melden vor mittags Grimmaerstr. No. 5. 1.

— Jüngeres, braunes Mädchen

Mädchen
zu guter Herrschaft bei hohem Lohn nach Berlin für 1. April gesucht. Zu melden vor mittags Grimmaerstr. No. 5. 1.

Damen-Handtaschen Portemonnaies sowie Halsketten und Broschen

in allen Preislagen
Hermann Reifegerste, Naunhof.

Ein- od. Zweifamilienhaus
mit Obstgarten und 1—2 Acker Feld oder kleines Wirtschaftsstück von 6—8 Acker Feld wird in der Umgegend von Naunhof zu kaufen oder zu pachten geliefert. Angebote mit Preis erbeten an

Otto Mehle, Borsdorf b. Leipzig, Leipzigerstr. 56 II.

Eine gute Geige

zu kaufen gesucht. Waldstr. 28
Deutscher Schäferhund

halbjährig, zu verkaufen
Göthestr. 10.

Gemeindelebensmittel. 8 abhanden gekommen. Gegen Belohn. abzug. bei Ernst Koppe, Molkenstr. Billige da darf nichts zu verabreichen, da ich alles selbst hole.

Ein Pferdedecken paar von Naunhof bis Abbr. verloren. Gey. gute Belohn. abzugeben bei Arno Müller, Lange Straße 3.

Naunhof-Ratskeller!
Sonntag, 23. Februar
Großer Possenabend
der
Gaudlitz-Sänger
Nachmittag 3 Uhr Kindervorstellung.

Arbeitsschürzen
für Männer und Frauen
preiswertes Angebot

Hermann Reifegerste - Naunhof.

Arbeiterinnen sucht sofort
Rauchwarenfärberei A. Arnhold.

Ladengesuch
Für mein Chokol.-Ge-
schäft in Naunhof suche
Laden in guter Geschäftslage.
Off. mit Angabe des
Preises u. Lage an

R. Selbmann,
Dresden-N. 6.

Wiese od. Feld
zu pachten oder zu kaufen
gesucht. Schüller, Hainstr.

Dieselbst wird ein
Mann od. eine Frau
für Gartenarbeit gesucht.

für Mutschler, Döbeln,
Ritterstraße 34.

Bettwäsche
Befreiung sofort. Alter und Ge-
schlecht angeben. Auskunft un-
entgeltlich. Nanitas,

Fürth i. Bay. Görbitzstr. 23.

Eine Ziege
hornlos, tragend ob. neu-
melkend, zu kaufen gesucht.
Naunhof, Klingaerstr. 13.

Halskette
gesucht. Abzuholen
Naunhof, Klingaerstr. 13.